

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Harald Weyel, Matthias Moosdorf, Eugen Schmidt, René Springer und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/5492 –**

Reise der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock nach Kasachstan und Usbekistan

Vorbemerkung der Fragesteller

Vom 30. Oktober bis 2. November 2022 reiste die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock mit einer Wirtschaftsdelegation, bestehend aus zehn Geschäftsführern und Vorstandsvorsitzenden, darunter auch zwei Mitglieder des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, nach Zentralasien (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/-/2560864>; <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/warum-baerbock-mit-unternehmern-nach-zentral-asien-flog-18431775.html>). Das Hauptziel ihrer Dienstreise war die Annäherung Zentralasiens an die Europäische Union (EU) (<https://www.rtl.de/cms/zentralasien-baerbock-will-zeichen-fuer-eu-annaeherung-setzen-fb051e81-3cba-56c0-98e9-a23cf4e2e23d.html>). Daher besuchte die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock die beiden wichtigsten Energieexporteure dieser Region – Kasachstan und Usbekistan.

Beim Besuch der Bundesministerin des Auswärtigen ging es um die Stärkung der Unabhängigkeit der oben genannten Länder von Russland und China (<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/baerbock-will-mit-zentralasiatischen-l-c3-a4ndern-kooperieren/ar-AA13Exqr>). Gleichzeitig betonte die Außenministerin, dass Europa Rohstoffe brauche (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/baerbock-zentral-asien-china-iran-100.html>). Beide Länder verfügen über umfangreiche Rohstoffvorkommen: Kasachstan war 2020 der zehntgrößte Erdölexporteur der Welt (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/227060/umfrage/die-groessten-oeexporteure-weltweit/>). Im selben Jahr belegte Kasachstan zudem Platz 16 auf der Liste der weltweit größten Exporteure von Erdgas (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/511107/umfrage/die-groessten-erdgasexporteure-weltweit/>). Der Anstieg bei der Erdgasförderung zwischen 2010 und 2021 um 14 Prozent (<https://www.mordorintelligence.com/industry-reports/kazakhstan-oil-and-gas-market>) ist vor allem auf die höhere Nachfrage aus Russland und China zurückzuführen. Etwa 85 Prozent des deutschen Handels mit den Staaten Zentralasiens entfällt auf Kasachstan (<https://www.mordorintelligence.com/industry-reports/kazakhstan-oil-and-gas-market>). Kasachstan dominiert den weltweiten Handel mit Uran, weil fast die Hälfte des weltweiten Exports aus diesem Land stammt (<https://www.weltexporte.de/uran-exporte>).

Die Reise der Bundesministerin des Auswärtigen fand zum 30. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kasachstan sowie der Republik Usbekistan statt. Bei der Pflege diplomatischer Beziehungen spielt der wirtschaftliche wie auch der kulturelle und menschliche Austausch eine entscheidende Rolle. Die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock machte bei ihrem Besuch „Angebote für die Zukunft, mit denen die Europäische Union und Deutschland sich nicht zu verstecken“ brauchten (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2560906>). Im Rahmen eines Angebots der neuen EU-Strategie (https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/stronger-euro-pe-world/global-gateway_en#documents) äußerte sich die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock wie folgt: „Die Staaten Zentralasiens hatten immer die Hoffnung, eine Brücke zwischen Russland, China und Europa zu sein. Nun sehen sie sich zwischen allen Stühlen, fürchten, zur Verfügungsmasse zu werden“ (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2560906>). Beim G7-Treffen der Außenminister am 4. November 2022 in Münster bekräftigte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell angesichts der Reise der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock, dass die EU die Beziehungen zu Zentralasien ausbauen müsse (<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/ukraine-ticker-borrell-eu-muss-beziehungen-zu-zentralasien-ausbauen/ar-AA13JeZH>).

1. Plant die Bundesregierung eine Vertiefung der Energiepartnerschaft mit Staaten in Zentralasien, u. a. mit Kasachstan und Usbekistan, wenn ja, wird diese Partnerschaft auf Gas- und Ölressourcen basieren, oder werden alternative Energieressourcen im Fokus einer möglichen Partnerschaft stehen?

Seit dem Jahr 2020 unterhält die Bundesregierung bilaterale Energiedialoge mit Kasachstan und Usbekistan. Das Format der Energiedialoge ermöglicht den energiepolitischen Austausch auf Regierungsebene zu allen relevanten Fragen der nachhaltigen Energiewende und des Klimaschutzes. Die zentralen Themenfelder der Energiedialoge sind Energieeffizienz, Ausbau erneuerbarer Energien sowie Marktentwicklung für nationale und exportorientierte Nutzung von erneuerbarem Wasserstoff. Die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) richtet im Auftrag des Auswärtigen Amts in Astana ein Wasserstoffdiplomatiebüro ein, welches Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und Expertinnen und Experten aus beiden Ländern vernetzen und fachliche Beratung anbieten soll (siehe <https://www.h2diplo.de>). Im Vordergrund des Austauschs stehen dabei die außenpolitischen und volkswirtschaftlichen Implikationen der Entwicklung des internationalen Wasserstoffmarktes sowie Perspektiven für eine nachhaltige Energie- und Brennstoffwirtschaft. Förderung und Export der fossilen Rohstoffe sind nicht Bestandteil der Energiedialoge. Derzeit sind keine Änderungen in den Energiedialogen mit Kasachstan und Usbekistan geplant.

2. Hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass kasachische Energieexperten sich hinsichtlich der Realisierbarkeit der Wasserstoffpläne äußerst skeptisch gezeigt haben, eine entsprechende Machbarkeitsstudie vorgenommen (vgl. <https://www.hintergrund.de/politik/von-asien-bis-afrika-baerbock-habeck-und-der-gruene-wasserstoff/>), und wenn ja, wie lautet diese?

Die Bundesregierung hat im Jahr 2019 die Analyse „Grüner Wasserstoff: Internationale Kooperationspotenziale für Deutschland“ in Auftrag gegeben, die von einem Expertenteam aus den Durchführungsorganisationen der Energiepartnerschaften bzw. Energiedialogen erstellt wurde (vgl. https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2019/Gruener_Wasserstoff_Internationale_Koop

erationspotenziale.pdf). Aus dieser geht hervor, dass die Republik Kasachstan für die Herstellung grünen Wasserstoffs besonders geeignet sei und zu den Ländern mit dem höchsten Exportpotenzial zähle.

3. In welcher Rolle hat die deutsche Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock während ihrer Reise nach Zentralasien für die EU-Partnerschaft gesprochen und geworben (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller), und warum war nach Kenntnis der Bundesregierung kein Vertreter der Europäischen Union dabei anwesend?

Deutschland gestaltet seine Außenpolitik in Abstimmung mit den europäischen Partnern. Die intensive Pflege der Beziehungen zu Staaten der Region liegt sowohl im deutschen wie auch im EU-Interesse. Eine Begleitung der Bundesministerin auf ihren Auslandsreisen durch Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Union ist nicht üblich.

4. Hat die Bundesregierung eigene deutsche Pläne für eine Zentralasien-Strategie, und wenn ja, wie sehen diese aus, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung beabsichtigt derzeit nicht, eine eigene Zentralasienstrategie zu verabschieden. Die Zentralasienstrategie der EU wurde erstmals während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 verabschiedet und zuletzt im Jahr 2019 unter intensiver deutscher Mitwirkung aktualisiert. Die Strategie verfolgt einen umfassenden Politikansatz mit dem Ziel einer Vertiefung der Beziehungen zu den Staaten der Region.

5. Welche Unternehmen haben an der Delegationsreise teilgenommen?

Vertreterinnen und Vertreter folgender Unternehmen waren Teil der Wirtschaftsdelegation: Aurubis AG, Deutsche Kabel AG, Deutsche Lufthansa AG, Goldbeck Solar GmbH, GP Günter Papenburg AG, Knauf Gips KG, Rhenus SE & Co. KG, Svevind Energy GmbH.

6. Welche Ziele verfolgen die genannten Unternehmen nach Kenntnis der Bundesregierung in Zentralasien?

Die Bundesregierung äußert sich nicht zu Beweggründen unternehmensinterner Entscheidungen oder zu unternehmerischen Zielen.

7. Hat die Bundesregierung Reisekosten für die Unternehmen übernommen?

Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen tragen bei Begleitung einer Reise der Bundesministerin des Auswärtigen ihre Reisekosten selbst.

8. Wie viel kostete die Delegationsreise den deutschen Steuerzahler?

Die Kostenaufstellung des Auswärtigen Amts zur Delegationsreise ist noch nicht abgeschlossen.

9. Sind weitere Reisen von Vertretern der Bundesregierung nach Zentralasien geplant, und wenn ja, wann, in welche Länder, und mit welchem Ziel, und wenn nein, warum nicht?

Aktuell befinden sich keine Reisen von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung nach Zentralasien in der konkreten Planung.

10. Gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen oder Pläne, den Ländern Zentralasiens – als Alternative zu einer Annäherung an Russland und China – eine Annäherung an die EU zu ermöglichen, und wenn ja, welche Ergebnisse erwartet die Bundesregierung von einer solchen Initiative zum Zweck der Annäherung Zentralasiens an die EU?

Die Bundesregierung wirbt für einen engen politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Austausch zwischen den zentralasiatischen Staaten und der EU, im Einklang mit der EU-Zentralasienstrategie. Ziel dieser Annäherung ist die Weiterentwicklung und Vertiefung der Beziehungen zu den Staaten dieser Region. Die Bundesregierung unterstützt aus diesem Grund beispielsweise das von der EU ausgehandelte Erweiterte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (EPKA) mit Usbekistan.

11. Hat die Bundesregierung zu der Möglichkeit, dass Russland und China die Annäherung ihrer zentralasiatischen Nachbarn an die EU als Provokation verstehen könnten, eine eigene Position erarbeitet, und wenn ja, wie lautet diese, und wenn nein, warum nicht?

Die EU und ihre Mitgliedstaaten analysieren neben vielen anderen Aspekten grundsätzlich auch die regionalen Rahmenbedingungen ihres Handelns.

12. Wurden Menschenrechtsthemen bei den Gesprächen explizit thematisiert, und wenn ja, welche?

Hat die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock ggf. die Lage in Usbekistan (<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/karakalpakstan-usbekistan-101.html>) und Kasachstan (<https://www.dw.com/de/proteste-in-kasachstan-wie-weiter/a-60399982>) angesprochen, und wenn ja, welche Lösungen wurden erarbeitet, und wenn nein, warum wurde dies nicht thematisiert?

Der weltweite Schutz der Menschenrechte ist ein zentrales Element der deutschen Außenpolitik. Darüber hinaus äußert sich die Bundesregierung grundsätzlich nicht zu vertraulichen Gesprächen.

13. Hat sich die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock mit Vertretern der deutschen nationalen Minderheit in Zentralasien ausgetauscht, und wenn ja, mit wem, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesministerin hat bei ihrer Reise nach Kasachstan und Usbekistan keine Vertreterinnen oder Vertreter der deutschen Minderheit in Zentralasien getroffen.

14. Hat die Bundesregierung Informationen darüber, welche Gespräche zwischen der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock und dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell bezüglich Zentralasien geführt wurden (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Die Bundesregierung äußert sich grundsätzlich nicht zu vertraulichen Gesprächen.

15. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse hinsichtlich der Äußerungen der offiziellen Regierungen Kasachstans und Usbekistans zu diesem Besuch vor, und wenn ja, welche?

Usbekistan

Die Äußerung der usbekischen Regierung bzw. die Erklärung der Staatspräsidentenverwaltung verweist auf die vielfältige Zusammenarbeit zwischen Usbekistan und Deutschland und kann unter folgenden Links eingesehen werden: <https://president.uz/ru/lists/view/5659> und <https://mfa.uz/ru/press/news/2022/o-vstreche-s-federalnym-ministrom-inostrannyh-del-frg---32604>.

Kasachstan

Die offiziellen Äußerungen der kasachischen Regierung zum Besuch der Bundesministerin des Auswärtigen können auf den Webseiten und sozialen Medien des kasachischen Außenministeriums (<https://www.gov.kz/memleket/entities/mfa/press/news/details/450278?lang=en>) und des Büros des Premierministers (<https://primeminister.kz/en/alikhan-smailov-to-german-federal-minister-we-see-significant-potential-to-increase-mutual-trade-3191915>) eingesehen werden.

16. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie kasachische und usbekische Nichtregierungsorganisationen auf die Reise der Bundesaußenministerin reagierten, und wenn ja, welche?

Usbekistan

Die Reaktionen der usbekischen Nichtregierungsorganisation waren überwiegend positiv. Beispielhaft sei Otabek Bakirov, unabhängiger politischer Blogger, genannt (https://t.me/the_bakiroo/5743).

Kasachstan

Kasachische Nichtregierungsorganisationen äußerten sich in den sozialen Medien positiv zur Reise der Bundesministerin des Auswärtigen.

17. Über welche Transitwege bzw. durch welche Länder sollen die avisierten Rohstoffimporte transportiert werden?
18. Liegen der Bundesregierung hierzu (vgl. Frage 17) verbindliche Transitzusagen dieser Länder vor, die auch in Krisenzeiten eine störungsfreie und weder durch Russland, den Iran, Afghanistan oder China beeinflusste Lieferung garantieren?

Die Fragen 17 und 18 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung unterstützt – auch in Zusammenarbeit mit der EU – die Diversifizierung und Stärkung der Resilienz von Lieferketten und ist dazu in Abstimmung mit den entsprechenden Partnerländern. Konkrete Vereinbarungen über Lieferwege und Lieferzusagen sind jedoch grundsätzlich Angelegenheit privatwirtschaftlicher Unternehmen.

19. Hat sich die Bundesregierung zur Lage der Menschenrechte und der Demokratie in Kasachstan und Usbekistan mit Blick auf das derzeit gültige Lieferkettengesetz eine Auffassung gebildet, und wenn ja, wie lautet diese?

Nach internationaler Kritik und dem Boykott der usbekischen Baumwolle („Cotton Pledge“) im Jahr 2010 hat Usbekistan unter anderem mit Hilfe der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), von Deutschland unterstützt, innerhalb von vier Jahren die staatlich organisierte Zwangs- und Kinderarbeit in der Baumwollernte weitgehend abgeschafft. Die Bundesregierung begrüßt diese Entscheidung und setzt sich weiterhin für die Einhaltung von Menschenrechten ein.

Mit Blick auf die kasachische Rohstoffwirtschaft verweist die Bundesregierung auf den 10. Staatenbericht von Kasachstan im Rahmen der Extracting Industries Transparency Initiative (EITI) vom Dezember 2020, der auf der Homepage von EITI (EITI.org) eingesehen werden kann und der Grundlage für Entscheidungen deutscher und internationaler Unternehmen über die Einbeziehung von Rohstoffen und Halbfabrikaten aus Kasachstan in ihre Wertschöpfungsketten ist.

Das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten vom 16. Juli 2021 ist seit dem 1. Januar 2023 in Kraft. Seine Systematik sieht keine länderspezifische Klassifizierung vor. Die Bundesregierung erwartet, dass die Regelungen des Gesetzes in allen Fällen eingehalten werden.

20. Ist die Bundesregierung bereit, ihre Forderung nach Einhaltung politischer und sozialer Standards (<https://www.bmz.de/de/themen/lieferketten-gesetz/>) zu relativieren, um den Import der o. g. Rohstoffe nach Deutschland zu ermöglichen, und ist sie dazu bereit, deutsche Importeure von möglichen, aus dem Lieferkettengesetz resultierenden Schadenersatzansprüchen Dritter inklusive der durch die EU geplanten Verschärfungen freizustellen, und falls ja, wie?

Das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten vom 16. Juli 2021 unterscheidet nicht nach Branchen oder der Natur der Lieferketten. Eine Verletzung der Pflichten aus diesem Gesetz begründet keine zivilrechtliche Haftung. Die geplante EU-Regelung zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten im Hinblick auf Nachhaltigkeit wird derzeit noch verhandelt. Auf die Antwort zu Frage 19 wird verwiesen.

